

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7-spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7-spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Vorschläge an die Entente. Neue Lösung der Preußenkrise?

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Mit der Beurlaubung des Ministerialdirektors Simson ist plötzlich eine Entspannung in der Krise in der Reichsregierung eingetreten. Es scheint, daß die Gruppe um die Minister Scholz und Koch ihren Widerstand gegen eine Politik der neuen Vorschläge haben lassen. Jedenfalls teilte ein Vertreter der Reichsregierung unserm Berliner Korrespondenten gestern mit, daß im Kabinett volle Einmütigkeit darüber herrsche, daß neue Vorschläge der Alliierten unterbreitet werden müßten. An die gekrigte Kabinettsitzung schlossen sich deshalb sofort Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern an. Die Wiederaufbaufrage wird im Vordergrund der neuen deutschen Vorschläge stehen, aber auch der Finanznot der Alliierten, vor allem Frankreichs, soll durch Stillfakturierung von Geldmitteln Rechnung getragen werden. Da es sich um keine endgültige Entscheidung über die Kräfteverteilung im Reichskabinett handelt, sondern nur um eine Vertagung der Probleme, so ist doch noch immer eine Lösung der psychischen Regierungskrise nicht möglich. Den letzten Nachrichten nach scheint auch der Vorschlag eines Geschäftsministeriums wieder fallen lassen zu sein und man vermischt ein politisches Übergangsministerium zu schaffen. Ministerpräsident Stegerwald hat dazu die Intervention des Reichspräsidenten Ebert erbeten, um die Zustimmung der Sozialdemokraten zu erreichen. Die neuen Verhandlungen zur Bildung eines politischen Übergangsministeriums sind noch nicht beendet. Die politische Zukunft, die sich auf Informiert zeigt, meldet jedoch, daß die endgültige Entscheidung heute fallen soll.

Paul Levi aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Die Parteiführung hat in ihrer Sitzung vom 15. April Paul Levi wegen groben Vertrauensbruchs und schwerer Parteischädigung aus der Partei ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Begründet wird die Maßregel mit der Herausgabe der Broschüre: „Unser Weg. Wider den Bolschewismus“, in der „in leichtfertiger Weise“ eine Reihe „unwahrer Behauptungen“ und schwere Verdächtigungen gegen die Parteiführung und Vertreter der Exekutive der kommunistischen Internationale aufgestellt sein sollen. Paul Levi habe der Parteiführung von seiner Absicht, eine solche Broschüre zu veröffentlichen, weder Kenntnis gegeben noch Mitteilung von den in der Broschüre aufgestellten Behauptungen gemacht. Er habe die Herausgabe seiner Broschüre auch nicht verhindert, nachdem der Zentralkomitee die höchste Parteikörperschaft, während einer Plenarsitzung am 7. und 8. April eine Resolution mit 44 gegen 5 Stimmen abgelehnt hat, die sich in ähnlichen Gedankenansätzen bewegte, die Levi in seiner Broschüre niedergelegt hat.“ (Die an anderer Stelle von uns wiedergegebene Resolution Clara Zetkins.) Es folgten noch eine Reihe weiterer Gründe und zum Schluß wird behauptet, daß das Recht zur Kritik nicht unterbunden werden soll. Aber Levis Kritik laufe nicht auf Stärkung, sondern auf Zerrüttung der Partei hinaus usw.

Der Ausschluß war zu erwarten — Levi selbst wird ihn vorausgesehen haben, als er seine Broschüre schrieb. Eine Partei, die auf Führerdiktatur aufgebaut ist, kann solche scharfe Kritik an den „Führern“ natürlich nicht ertragen. Es wird aber den Mitgliefern der kommunistischen Partei doch wohl etwas zu denken geben, daß der Ausschluß von der Zentrale erfolgt, ohne daß auch nur ein Verfahren gegen den Sünder stattgefunden hat, ohne daß ihm die geringste Gelegenheit zur Verteidigung, zur Beweiskämpfung vor unparteiischen Richtern gegeben wird. Die Zentrale, gegen die sich der Angriff Levis richtet, entscheidet als Richter in eigener Sache! Aber darauf müßten die Mitglieder der kommunistischen Partei freilich gefaßt sein, als sie die Demokratie in der Partei abgeschworen und sich die diktatorische Verfassung einer Verschwörerorganisation gegeben.

Ob nun andre Mitglieder der Partei, die die Anklagen Paul Levis billigen, sich mit ihm solidarisch erklären werden? Etwas Clara Zetkin? Man darf auf die weitere Entwicklung der Affäre gespannt sein!

Der Streik des Arbeiterdreibundes widerrufen.

Uneinigkeit unter den Arbeitern.

Berlin, 16. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Aus London wird vom 15. April gemeldet: In den Reihen des Arbeiterdreibundes scheint es zu Unklarheiten gekommen zu sein. Der Streik des Arbeiterdreibundes, der heute abend um 10 Uhr beginnen sollte, ist widerrufen worden. Lloyd George teilte gestern nachmittags im Unterhaus mit, daß er die Vergleiche zu einer längeren Konferenz eingeladen habe. Der Volksgaueauschuh der Vergleiche erwiderte jedoch, daß zunächst die Lohnfrage geregelt werden müßte, sowie die Frage einer gemeinsamen Gewerkschaft.

Die Regierung hat dies abgelehnt. Es handelt sich dabei offenbar darum, daß die Vergleiche ursprünglich nur über die Lohnfrage verhandelt wurden, während sie später die gemeinsame Gewerkschaft bei den Verhandlungen aufwerfen wollten. Die Eisenbahner und Transportarbeiter hielten darauf eine Versammlung ab, in der sie beschloßen, auf den Streik zu verzichten, da die Ansicht bei ihnen vorherrsche, daß die Vergleiche das Angebot des Premierministers annehmen müßten. Beim Verlassen der Konferenz erklärte Thomas, der Führer der Eisenbahner, daß der Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter, der um 10 Uhr abends beginnen sollte, widerrufen worden sei. Sodas ist als Sekretär der Gewerkschaftsföderation zurückgetreten. Die Aussage des Dreibundes ist eine Folge der Haltung der Gewerkschafter. Diese Entwicklung ist insofern von großer Bedeutung, als sie eine Spaltung im Arbeiterdreibund bedeutet. Der Ausschuh der Gewerkschafter hat beschloßen, für morgen eine Konferenz aller Vertreter der Gewerkschafter zusammenzubringen. Bei diesen Beratungen wird es sich herausstellen, ob die extremen Elemente unter den Gewerkschaftern fliehen werden.

Englands Kohlenvorräte.

London, 15. April. (Reuter.) Das Land hat Kohlenvorräte für einen Monat für die Eisenbahnen, für einen Monat für die Gasversorgung für sechs Wochen für die elektrischen Unternehmungen und Petroleum für vier Monate. Die Ernährungslage ist befriedigend. Das Land wird instand sein, den Eisenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Für den Dienst bei den Gas- und Elektrizitätswerken werden Schiffsbefehle herangezogen werden. Da die Regierung über ein Netz für drahtlosen Verkehr und für Flugzeugverkehr verfügt, ist es ganz unmöglich, daß ein Teil des Landes isoliert werden kann.

Eine Drohung der Entente an Oesterreich

Wien, 15. April. (Tel.-Korr.-Bureau.) Der französische Gesandte Lesèvre-Pontalily gab heute beim Bundeskanzler Dr. Mayr im Auftrage seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht instand sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluß an das Deutsche Reich hingeliefenden Antriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Oesterreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihrer Befugnis vollständig wiederhergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schloßen sich dieser Erklärung des französischen Vertreters mit dem Bemerkten an, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion für Oesterreich das Ende dieser Aktion und das Fallentlassen aller hieran bezüglichen Projekte bedeute.

Wien, 15. April. Die am gestrigen Donnerstag überreichte Note gegen die Anschlußbewegung in Oesterreich wird in Regierungskreisen mit dem Hinweis beantwortet, daß der Bundeskanzler erst kürzlich im Nationalrat erklärt hätte, man könne nicht zwei Wege gehen. Jetzt ständen die Kreditverhandlungen mit der Entente auf der Tagesordnung. Erst wenn diese scheitern sollten, könne ein anderer Weg eingeschlagen werden. Es werde vorerst das Ergebnis der Kreditverhandlungen abgewartet werden, und nur in dem Falle, daß diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen sollten, werde man den im Friedensvertrag vorgesehenen Weg eines Appells an den Völkerrund betreten. — In Innsbruck fanden am Donnerstag Demonstrationen gegen das Anschlußverbot statt.

Wien, 16. April. Im österreichischen Nationalrat gelangte ein großdeutscher Antrag zur Verhandlung, der sich gegen die gefristete Demarche der Entente gegen die Abstimmung in Triest richtete. Der Bundeskanzler Dr. Mayr gab eine Erklärung ab, deren Inhalt bereits bekannt ist. Der Sozialdemokrat Bauer verwies darauf, daß die Entente Oesterreich nicht einmal mehr das Recht der freien Meinungsäußerung lasse. Frankreich sei der Gen darm, der gegen die freie Willensäußerung einmarschiere. Der großdeutsche Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Ablehnung des Habsburger-„Gesetzes“.

Wien, 16. April. (U.) Der Nationalrat hat am Freitag das sogenannte Habsburger-Gesetz mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, womit die Regierung einen Erfolg erzielt hat.

Hölz verhasst?

Berlin, 16. April. (W. T. B.) Der Kommunist Max Hölz aus dem Vogtlande, der geistige Urheber (?) der diesjährigen Märzunruhen und Führer der Roten Armee in Mitteldeutschland, der auch unter dem dringenden Verdacht steht, die Berliner Attentate veranlaßt zu haben, ist in der vergangenen Nacht in einem Kaffeehaus in der Rantkestraße im Westen verhaftet worden.

Ob die Nachricht richtig ist, bleibt abzuwarten. Unstimmig ist die Bemerkung in dem Telegramm, daß Hölz der „geistige Urheber“ der kommunistischen Aktion sei. Diese geistigen Urheber liegen bekanntlich in Moskau und in der Zentraleitung der Kommunisten in Berlin.

Spanische Sozialisten über Rußland.

Madrid, 15. April. (W. T. B.) In den Verhandlungen des spanischen Sozialistenkongresses über die Haltung der Partei gegenüber Rußland wurde, wie schon gemeldet, der Anschluß an die 3. Internationale abgelehnt. Die Verhörer zweier Genossen, die in Rußland waren, lauten sehr ungünstig für die Sowjetregierung: es gäbe keine Gedankenfreiheit und kein Vereinigungsrecht, dagegen Militarisierung der öffentlichen Dienste; die Gerichte verurteilten, ohne den Angeklagten anzuhören; die gesamte Presse werde monotonisiert und die Pressefreiheit beseitigt; die Polizei habe überall die Vorherrschaft.

Die Befestigung. Zu Paul Levis Anklage.

Wenn wir die Dinge, die sich jetzt innerhalb der kommunistischen Partei abspielen, lediglich vom Standpunkt des Interesses unserer Partei beurteilen wollten und könnten, so müßte uns leicht Genugtuung darüber erfüllen, wie genau, wie bis auf den Punkt alles das eingetroffen ist, was wir vor einem halben Jahre in den schweren Kämpfen wider die Unterwerfung der USPD unter das Moskauer Joch vorausgesagt haben. Schneller und vollständiger hat sich wohl noch nie eine Prophezeiung erfüllt. Aber wir können leider keine Freude über die Richtigkeit unserer damaligen Voraussage empfinden — das Gefühl, recht behalten zu haben, muß weit zurücktreten hinter das schmerzliche Bedauern, daß der deutschen Arbeiterbewegung ein schwerer Schlag zugefügt worden ist. Die Niederlage der Kommunisten, die von ihnen selbst verschuldet, die notwendigerweise aus ihrer wahnwitzigen Aktion folgen mußte, sie ist zugleich auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt, eine Stärkung der konterrevolutionären Mächte. Es wird der angestrengtesten Arbeit und der äußersten Kraftanstrengung der Unabhängigen Sozialdemokratie bedürfen, um die verhängnisvollen Konsequenzen des kommunistischen Putsch abzuwenden, die die schändlichen Folgen der kommunistischen Niederlage, die Willkürigkeit und Gleichgültigkeit, die weite Kluft der zerlegten Proletarier zu befallen droht, zu überwinden. Der erste Schritt dazu ist, daß die Arbeiterschaft aus dem kommunistischen Verboden keine, daß sie die Enthüllung Paul Levis entlockt und erlaubt.

Im vierten Kapitel dieser Broschüre behandelt Levi die Beziehungen seiner Partei zur kommunistischen Internationale. Er erhebt die Anklage, daß das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale mindestens einen Teil der Schuld an der katastrophalen Niederlage, also an der Einseitigkeit der Aktion trifft. Das ist ja auch schon gesagt in den von uns veröffentlichten Zitaten aus den vorhergehenden Kapiteln. Levi fragt dort, wie es zu der Aktion kam, und er antwortet, daß der erste Anstoß nicht aus der deutschen Partei gekommen sei. Er sagt so offen, wie das in seiner Lage und in der Lage der kommunistischen Partei nur möglich ist, daß der Abgeordnete des Moskauer Exekutivkomitees diesen Anstoß gegeben hat. Er läßt allerdings offen, ob das Exekutivkomitee direkt dafür verantwortlich gemacht werden kann, denn der Fall war schon häufiger, daß Abgeordnete des Exekutivkomitees über ihre Vollmacht hinausgingen, d. h. daß sich nachträglich ergab, die Abgeordneten hätten zu dem oder jenem keine Vollmachten gehabt. Aber er verweist gleichzeitig darauf, daß das Exekutivkomitee eine gewisse Mithimmung über die „Aktivität“ der Partei bestand, und daß ein gewisser Partei-Einfluh auf die Zentrale vorlag, jetzt, sofort und um jeden Preis in die Aktion einzutreten.“ Die kommunistische Partei war also bei diesem Putsch nichts weiter als das ausführende Werkzeug eines fremden Willens, wobei dahingestellt bleiben soll, ob die Exekutive in Moskau unmittelbar oder nur mittelbar (weil sie etwa ihren Abgeordneten nicht richtig instruiert oder nicht vollständig genug ausgewählt hatte), als der Träger dieses Willens zu betrachten ist. Das ist ja schließlich auch selbstverständlich. Wichtig ist nur, daß die Unterstellung der kommunistischen Partei unter das diktatorische Gebot der kommunistischen Internationale genau die gefährlichen Folgen gehabt hat, die wir vorausgesagt haben. Daß deutsche Arbeiter um einer ganz ausichtslosen Sache willen in den Tod gehen und dem Wüten der Ausnahmejustiz ausgeliefert wurden, weil eine Instanz im fernen Rußland oder der mit den deutschen Verhältnissen nur sehr mangelhaft vertraute Abgeordnete dieser Instanz den Augenblick zu einer Aktion gekommen glaubte. Deutsche Arbeiter wurden in die Maschinen-gewehre getrieben, mußten verbluten, weil Moskau oder sein Gesandter es wollten. Levi schilt die „Führer“, die in der deutschen Zentrale sitzen, „Kindschöpfe“ und Schlimmeres, weil sie den Putsch unternahmen. Zweifellos verdienen sie diese Bezeichnung, aber Levi vergißt doch, daß diese Kindschöpfe im Grunde genommen nur nach den Buchstaben der 21 Moskauer Bedingungen gehandelt haben und seine Kritik beweist eben, daß diese Bedingungen zu solchen Katastrophen, wie sie jetzt die kommunistische Partei getroffen hat, notwendigerweise führen müssen. Hätten selbständige Köpfe, Leute von politischem Blick und Verantwortungsbewußtsein in der Zentrale gesessen und den Weisungen Moskaus oder seines Abgeordneten den Putsch verweigert, so hätte es zum Zusammenstoß und schließlich zum Bruch kommen müssen, und auch so wäre der Beweis der Undurchführbarkeit der 21 Bedingungen erbracht worden.

Fast mit denselben Worten, wie wir im Kampfe vor Halle, weist Levi in seiner Broschüre die Unmöglichkeit einer Leitung der Arbeiterbewegung in Rußland durch eine in Rußland befindliche Zentrale nach. Wie wir stellt er fest, daß die Moskauer Exekutive niemals genügend über die Verhältnisse der einzelnen Länder orientiert sein kann, selbst der Hinweis auf die